

Zurück nach Myanmar?

Rückkehrperspektiven für Flüchtlinge in Thailand aus Sicht einer Krankenschwester

von
**Christiane
Vossemer**

*Die Autorin ist
Universitäts-
assistentin
Praedoc am
Institut für
Internationale
Entwicklung
in Wien.*

Im Mai 2015 gingen schockierende Bilder von überfüllten, immer wieder abgewiesenen Flüchtlingsbooten der Rohingya um die Welt. Sie weckten Aufmerksamkeit für die derzeit wohl verletzlichste Gruppe von Flüchtlingen in Südostasien. Die Flüchtlingsthematik Myanmars geht jedoch weit über die Situation der Rohingya hinaus. Die Militärregierung löste seit Mitte der 1980er Jahre immer wieder Flüchtlingsströme insbesondere nach Thailand aus, indem sie mit Assimilierungsdruck, Vertreibung, Zerstörung von Lebensgrundlagen und Vernachlässigung sozialer Dienste wie Gesundheit und Bildung in den »Ethnic States« gegen Minderheiten vorging. Zurzeit leben in Thailand weit mehr als 100.000 Menschen aus dem Südosten Myanmars in neun Lagern als »temporär Schutzbedürftige« ohne Flüchtlingsstatus, viele bereits seit Jahrzehnten. Nachdem Rückkehrprogramme in den späten 1990ern in erneute Vertreibung mündeten, galten für sie bis 2005 internationale Umsiedlungsprogramme als einziger langfristiger Ausweg.

Moebu: Flüchtling und Krankenschwester im Kayah State

Wie ca. 25.000 andere ethnische Karenni flüchtete auch Moebu aus dem Kayah State und kam 2003 mit 15 Jahren in einem der Flüchtlingscamps unter. Sie hatte das Glück, mit britischen UnterstützerInnen in Großbritannien um Asyl ansuchen und dort ein Krankenpflegestudium – ihr großer Wunsch – abschließen zu können. 2013 kam sie zurück und leitet nun die informellen, aus Thailand grenzüberschreitend operierenden Gesundheitsdienste des *Karenni Mobile Health Committee* KnMHC. Diese wurden in den 1990er Jahren unter der *Karenni National Progressive Party* KNPP, einer der bewaffneten ethnischen Organisationen, aufgebaut und arbeiten heute Moebu zufolge sehr unabhängig. Mit internationaler Unterstützung jedoch ohne Anerkennung in Myanmar ermöglichen sie ca. 60.000 Menschen im Kayah State einen Zugang zu Basisgesundheitsversorgung. Denn de facto, so Gabriele Schaumberger von der Burma Initiative Wien, die Moebus Arbeit unterstützt, wird nur ein kleines Randgebiet des Kayah State von staatlicher Versorgung erreicht: »Der Rest existiert für die Regierung nicht.« Für diese Gegenden bildet Moebu *Medics*, freiwillige GesundheitsshelferInnen, aus. 120 von ihnen arbeiten zurzeit in mobilen

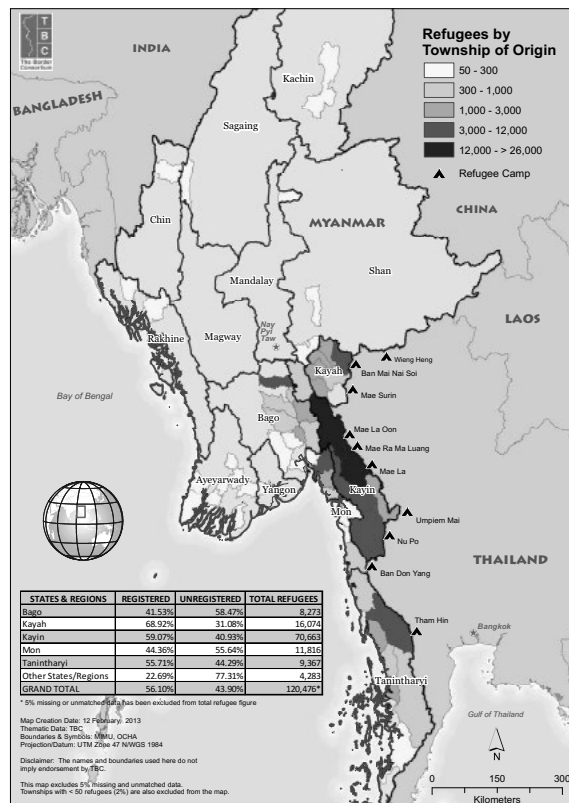
Teams, unterhalten einfache Gesundheitszentren und verabreichen elementare Medikamente.

Rückkehr ins »neue« Myanmar?

Die politischen Veränderungen in Myanmar führen insbesondere zu einer Neubewertung der Situation nach Thailand vertriebener Flüchtlinge. Spätestens seit 2011, mit der Einsetzung einer teilweise zivilen Regierung und einer sukzessiven Rücknahme der Isolationspolitik der internationalen Gemeinschaft, steht wieder »freiwillige Rückkehr« als »dauerhafte Lösung« im Fokus der Bemühungen humanitärer Akteure, des UNHCR sowie der Regierungen in Thailand und Myanmar. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die Sichtbarkeit der Fluchtproblematik durch die Flüchtlingscamps zunehmend zum Störfaktor wird: Für eine thailändische Militärregierung, die sich als Ordnungsmacht an der Grenze inszeniert, für internationale Geber und ein Myanmar, das sich ihnen als »anders« präsentieren will, und für das Selbstbild der ASEAN-Gemeinschaft.

Der Rechtswissenschaftler S. Moretti prognostizierte 2015, dass sich die Optionen dieser Flüchtlinge bald zwischen informeller Arbeitsmigration in

*Vertreibungssituation im Südosten Myanmars
© The Border Consortium
TBC 2014*





Moebu bei einer Diskussionsveranstaltung des Instituts für Internationale Entwicklung und der Burma Initiative in Wien
Foto: T. Bauer

Thailand und Rückkehr bewegen werden, zumal für Thailand ein Bleiberecht kein Thema sei. Zwar werde offiziell immer ›Freiwilligkeit‹ als Bedingung für Rückkehrprogramme formuliert, die Praxis Thailands in den 1990er Jahren und auch die für den UNHCR bis heute verbindliche Rechtslage deuteten jedoch darauf hin, dass die Anerkennung ›fundamentaler Veränderungen der Bedingungen im Herkunftsland‹ zum ausschlaggebenden Kriterium werde.

Vor diesem Hintergrund dürften die Einschätzungen Thailands und der internationalen Gemeinschaft über die Entwicklungen in Myanmar die Aussichten der Flüchtlinge entscheidend bestimmen. Der Erdrutschsieg der *Nationalen Liga für Demokratie* NLD hat eine für viele unerwartet deutliche Zäsur in den politischen Verhältnissen in Myanmar gesetzt. Er fußt auf weitgehend regulären Wahlen im November 2015 und mündete in eine geordnete Übergabe der Regierungsgeschäfte durch die militärnahe *Union Solidarity and Development Party* USDP. Auch wenn in mehreren ethnischen Gebieten weiter gekämpft wird, die dominante Rolle des Militärs per Verfassung weiterbesteht und sich viele Menschen aus den Grenzgebieten aufgrund bürokratischer Hürden, Sicherheitsbedenken, Abwesenheit oder Informationsmangel nicht an den Wahlen beteiligen konnten: Der politische Machtwechsel zur NLD gilt im In- und Ausland als starker Hoffnungsschimmer für eine Demokratisierung des Landes und als neue Ausgangsbasis für einen soliden Friedensprozess, der hohe Erwartungen erfüllen muss.

Waffenstillstandsabkommen mit ethnischen Minderheiten

Die KNPP gehören nicht zu den Unterzeichnern des kontroversen ›landesweiten Waffenstillstands-

abkommens‹, das acht von mehr als 15 bewaffneten Gruppierungen im Vormonat der Wahlen mit der Regierung eingingen, und das einige Gruppen von vornherein ausschloss. Vivian Tan vom UNHCR Thailand betonte, das Abkommen sei als erster Schritt zu einem politischen Dialog für Flüchtlinge noch wichtiger als die Wahlen. Moebu hofft hingegen, dass die neue Regierung den Schritt zurück an den Verhandlungstisch macht, um alle ins Boot zu holen. Auch ist aus ihrer Sicht eine Verfassungsreform erforderlich, um die Dominanz des Militärs in Angelegenheiten der Grenzgebiete zu beenden. Die zivile Kontrolle über die gefürchtete Armee müsse gestärkt werden, damit deren starke Präsenz im Kayah State reduziert werde, und alltägliche Unsicherheit und Mobilitätseinschränkungen der Menschen dort ein Ende haben.

Für Moebu wie auch für BeobachterInnen wie K. McConnachie, K. Joliff oder A. South steht im Mittelpunkt, dass ein stabiles Friedensabkommen Sicherheitsgarantien für Rückkehrende und ethnische Organisationen bieten muss. Selbst Top-Friedensverhandler U Aung Min habe dies noch nicht verstanden, sagt sie. Als Kandidat der USDP in Shadaw, einer Region des Kayah States, aus der durch massive ›Relokalisierungen‹ viele Menschen vertrieben wurden, warb er erfolglos damit, sich um das Wohl Rückkehrender kümmern zu wollen: »Menschen in den Camps haben kein Vertrauen in solche Vertreter der Zentralregierung«. Bei der Sozialisation ins Campleben, der Selbstorganisation und dem kollektiven Umgang mit Vertreibungserfahrungen nehmen ethnische Organisationen und Netzwerke seit langem eine zentrale Funktion ein. Flüchtlinge werden seitens des Staates mit ihnen assoziiert, und sie genießen in vielen Gemeinschaften Vertrauen und Ansehen. Rückkehr ohne ein solides Friedensabkommen erscheint daher vielen verfrüht, ein Vertrauensvorschuss unbegründet: An keinem der Orte, die für eine Rückkehr von Flüchtlingen nach Kayah State vorgesehen sind, gebe es bis jetzt eine Schule oder Klinik, unterstreicht Moebu.

Gesundheit als ›Brücke‹ für den Frieden?

Als Krankenpflegerin verfolgt sie die Gesundheitssituation im Kayah State. Hilfgelder zur Erhaltung der Campversorgung und für grenzüberschreitende Initiativen werden zunehmend abgezogen beziehungsweise zur myanmarischen Regierung umgelenkt: Während lange nur lokale Organisationen wie die *Medics* in Myanmars Grenzregionen arbeiteten, legen in letzter Zeit internationale Nichtregierungsorganisationen (INGOs), in Kooperation mit der Regierung Projekte zur Verbesserung u. a. der Gesundheitssituation in Grenzregionen auf. Große Geberorganisationen wie die Weltbankgruppe stellen der Regierung hohe Geldsummen (Zusage 2014



Visite der Medics
in einem Gesund-
heitszentrum
im Kayah State
Foto:
G. Schaumberger

über 2 Mrd. US-Dollar) in Aussicht, um Rückkehrbedingungen zu verbessern. Die neue Generation von INGO-Projekten operiert jedoch entlang enger, und aus Moebus Sicht hinderlicher staatlicher Richtlinien: über Vorverträge werden Projekte auf logistische Unterstützung, Gesundheitsaufklärung und Datenerhebung festgelegt; lebenswichtige Medikamente, Personal und Behandlungen werden jedoch nur selten finanziert. Bestehende lokale Gesundheitsstrukturen wie die des KnMHC sind aufgrund ihrer Nähe zu ethnischen Organisationen und fehlender staatlicher Anerkennung in der Regel von Förderungen ganz ausgeschlossen, sodass die abgelegenen Gebiete, aus denen die meisten Karenni Flüchtlinge kommen, bislang unterversorgt sind.

Dabei wäre Zusammenarbeit allseits von großem Nutzen, weiß Moebu: »Unsere *Medics* genießen hohes Ansehen und Vertrauen, sprechen Kayah und kommen meist selbst aus den Dörfern.« Angestellten der Regierung und INGOs fehlten diese Zugangsvoraussetzungen, um dort Gesundheitsprogramme effektiv umzusetzen und den Versorgungszugang zu verbessern. Unter der Hand gäbe es erste produktive Gespräche, Besuche und Kooperationen mit lokalen VertreterInnen der staatlichen Gesundheitsadministration, berichtet sie. »Wir kommen nach und nach zu einer geteilten Problemanalyse«. So befürwortete man nun auch im regionalen Gesundheitsdepartment eine dezentrale Rekrutierung lokaler Gesundheitskräfte. Dem langwierig aus anderen Landesteilen rekrutierten Personal fehle es zu oft an Motivation und Erfahrung für die widrigen Bedingun-

gen vor Ort, und so blieben die wenigen staatlichen Gesundheitszentren oft geschlossen.

Moebu sieht die Annäherungen positiv, bedauert aber, dass sie inoffiziell stattfinden. Gesundheit könne durchaus als ›Brücke‹ für den Frieden dienen, aber das setze mehr politischen Willen der zentralen Administration voraus, Bedarfe in den abgelegenen Regionen zu verstehen und Kompetenzen im Gesundheitssystem an die Regionen abzugeben. Unter dem Radar der Regierung zu arbeiten, bringt für Freiwillige wie Moebu und ihre *Medics* sowie für viele junge Flüchtlinge große Unsicherheiten mit sich. Legalen Aufenthalt, Papiere, Rechtssicherheit als Mitglieder ethnischer Organisationen, Anerkennung informeller Bildungsabschlüsse, Land, Einkommensperspektiven; der Weg zu einer Rückkehr ohne den Rückzugsort Thailand bleibt weit, selbst wenn einige bereits erste Schritte gewagt haben.

Literatur

- › Kim Jolliffe, 2014, Ceasefires and durable solutions in Myanmar: a lessons learned review. [Comment: Ashley South], UNHCR Policy Development and Evaluation Research, *New Issues in Refugee Research*, 271.
- › Kirsten McConnachie, Myanmar's Refugee Problem: It's Not Just the Rohingya. Other ethnic groups from Myanmar are facing an increasingly difficult situation too. In: *The Diplomat*, 14.10.2015.
- › Sebastien Moretti, 2015, The Challenge of Durable Solutions for Refugees at the Thai-Myanmar Border. *Refugee Survey Quarterly*, 34, 70–94.